

[oppositionelle GenossInnen der KPÖ] - An das Z.K. der KPÖ, [Frühjahr 1927]<sup>1</sup>

11 Seiten, Faksimile [Fragment]

---

---

<sup>1</sup> Der Text wurde von oppositionellen Genoss/inn/en im Vorfeld des IX. Parteitags (18.-20.6.1927) geschrieben. Er gehört damit zu jenen Texten, die den Formierungsprozess der KPÖ (Opposition) im Frühjahr 1927 begleiteten.

An das Z.K. der K.P.O.

Werte Genossen !

Wir ersuchen um wörtlichen Abdruck des nachfolgenden  
den Änderungsantrages. (Noch im Laufe dieser Woche).

Mit kommunistischem Gruß

Änderungs- Antrag.

Der Betriebszellen :

Der Strassenzellen :

Der Bezirksleitung von XXI (Floridsdorf)

Wir beantragen, dass alle Stellen in der Resolution des Erweiterten Z.K. "Die politische Lage und die Aufgaben der Partei" (siehe R.F. 6. Oktober 1926), die die Politik der Partei seit dem 8. Parteitag behandeln, herausgenommen und als Resolution zum Tätigkeitsbericht des Z.K. zusammengefasst werden. Gleichzeitig stellen wir den Änderungsantrag, dieser Berichterresolution folgenden Wortlaut zu geben:

I. In der abgelaufenen Berichtsperiode - seit dem 8. Parteitag (15. September 1925) bis heute - haben einzelne Organisationen in besonderen Fällen infolge ihres richtigen Vorgehens bemerkenswerte Erfolge errungen (Graz, Donawitz, Klagenfurt). Auch die Partei als Ganzes hat nach mancher Richtung hin beachtenswerte Erfolge errungen. Die Arbeiter-Delagationskampagne insgesondere trug zwar der Partei als solcher keinen Erfolg ein, weil sie die Kampagne mit den Tagesfragen des Österreichischen Proletariats nicht zu verknüpfen verstand und sich mit einer bloßen Berichtskampagne begnügte, aber auch so war die Delagationskampagne ein bedeutsamer Erfolg: Sie hat die Sympatien der Österreichischen Arbeiterschaft zur Sowjet-Union gestärkt.

II. Dennoch aber ist die Partei nicht an die Massen herangekommen.

Was die Betriebsarbeiter betrifft, so zeigen die Arbeiterkammerwahlen, dass die S.P. Arbeiterstimmen verloren, die K.P. aber davon nicht nur nichts gewonnen sondern sogar selbst mehrere tausend Arbeiterstimmen verloren hat.

der größte Teil dieser verlorenen Arbeitselemente flüchtete in die Indifferenz ein Teil ist sogar bis ins Lager der Christlichsozialen, Großdeutschen und Nationalsozialisten abgewandert.

Was die Arbeitslosen betrifft, so zeigen die Verhältnisse bei der Bewegung "Kolonien in der Heimat", dass der früher dominierende Einfluss der Partei auf die Arbeitslosen bedeutend zurückgegangen ist; auch hier sind Teile der Arbeitslosen nach rechts abgewandert und unter den Einfluss der Hakenkreuzler und des herzschafteleos Anarchismus, also der Konterrevolution, geraten.

Die in der Masse des Österreichischen Proletariats und zwar sowohl der Betriebsarbeiter als auch der Arbeitslosen zweifellos vorhandene und sehr tiefe Linkstümmer aussert sich aber nicht in einem Wachstum, nicht einmal in einem wachsenden Einfluss der Partei, ja sie schlägt sogar da und dort um in ein Rechtsabstrumen von Teilen der Masse.

Die Auffassung als ob die besonders geschickte Politik der Österreichischen S.P. den Aufstieg der K.P.Oe. verhindert ist absolut falsch. Das Gegenteil ist richtig: Die Hauptwurzel der Stärke der Österreichischen S.P. liegt darin, dass sie infolge des politischen Versagens der K.P.Oe. die linke Flanke vollkommen frei hat.

III.) Die entscheidende Ursache, warum die Partei an die proletarischen Massen nicht herankommt, liegt darin, dass sie auf dem entscheidenden politischen Gebiet versagt: Auf dem Gebiet der Österreichischen Politik, wo nur die Krankenkassenkampagne einen einzigen kleinen Lichtschermer bildet.

Der Kampf für die 100% proletarische Diktatur in der Sowjet-Union ist unsere oberste Aufgabe. Der Kampf für die kämpfenden englischen Bergarbeiter ist unser Kampf. Aber wir können diesen Kampf wirkungsvoll nur unterstützen, indem wir uns für die Ziele die uns mit den russischen und englischen Brüdern vereinen, die Österreichischen Proletarier wirklich in Bewegung setzen. Die Partei muss es vor allen verstehen, den Kampf für die unmittelbarsten Tagesfragen zu sorgen, für die Österreichischen "Fagogeorgen" der Proletarier zu führen!

In dem Maße während sie das verachtet wird es ihr damit verknüpft gelingen, die Österreichischen Proletarier auch für die Sorgen, für die

des internationalen Proletanats aufzuhören in Bewegung zu geben  
EV.) Konkret äussert sich das Verzagen der Partei in der

österreichischen Politik in folgenden Fehlern :

1. Nichtanwendung der Einheitsfront-Taktik : Sie wird in der Praxis fast überhaupt nicht angewendet. Da in der gegebenen Phase die Einheitsfronttaktik die Taktik ist ,die Massen durch ihre eigene Erfahrung von der Richtigkeit unserer politischen Auffassung zu überzeugen, diese Erkenntnis ist der Partei verloren gegangen. Wie denn überhaupt jener oberste Grundsatz der leninistischen Politik in Vergessenheit geraten ist,dass zum Erfolg die richtige Linie nicht genügt, sondern dass wir dafür auch die Massen gewinnen müssen und dass wir sie nur gewinnen können,indem wir so operieren,dass die Massen sich in ihrer eigenen Erfahrung von der Richtigkeit unserer politischen Auffassung überzeugen können und überzeugen. Im Grunde genommen treibt die Partei gegenwärtig überhaupt keine Politik ,sondern nur bloße Agitation.

Fehler in der Anwendung der Einheitsfront-Taktik : In den Fällen wo die Partei die Einheitsfronttaktik ..... anwendet, verschärft sie sich den Erfolg durch folgende Fehler : a) Forderungen an sozialdemokratischen Spitzen ohne Massendruck . So wurden die Wirtschaftsforderungen dem sozialdemokratischen Vorstand der Wiener Arbeiterkammer überreicht ohne Massendruckentfaltung,so dass die Menschenwesen die ganzen Forderungen schliesslich sang - und klanglos "Dem Vorstande zur weiteren Behandlung " zuweisen konnten. Ein typischer zentraler Fehler in der Anwendung der Einheitsfronttaktik.

b) Aufstellen überspitzter Forderungen, das heisst von Forderungen, die die Massen bei der gegebenen Lage nicht verstehen,für die sie bei der gegebenen Lage wirklich zu kämpfen nicht bereit sind. Z.B. die Lösung des Friedensrealreiches und des Sechstundentages. Auch die Wirtschaftsforderungen waren ,obwohl sie im einzelnen viele richtige Forderungen enthalten, im Ganzen dennoch überspitzt, abgesehen davon dass sie ein Verkennen des Wesens der österreichischen Wirtschaftskrise zeigten. Die Aufstellung überspitzter Forderungen ist ein typischer und ultimativer Fehler in der Anwendung der Einheitsfronttaktik.

3. Passivität : Insbesondere bei dem Kampf um den Mieterschutz  
Arbeitslosigkeit/  
November - Dezember 1925; beim Kampf gegen die und die Wirtschaftskrise  
Überhaupt vom Oktober 1925 - Februar 1926; gegenüber der Trennung; ge-  
genüber der Bewegung "Kolonien in der Heimat", besonders gelegentlich  
der Oberauktion, wo die Partei bei Arbeitslosen, die revolutionär han-  
delnd die Oberen besetzten, im Stiche ließ. Die politische Passivität  
ist die schwerste Rechtsabweichung die es gibt.

4. Schwanzpolitik. Die Partei hält den Ereignissen nach. Moment-  
lich beim Kampf um den Mieterschutz 1925, bei den Wirtschaftsforderungen  
sonst Februar 1926 die hinter dem Wirtschaftsprogramm der So.P. 27.Jänner  
um einen Monat nachhinkten; bei der Arbeiterdelegiertenkampagne im Ap-  
ril nach Ankunft der Delegation; bei der Bewegung "Kolonien in der Hei-  
mat" und der Oberauktion insbesondere ; beim Zentralbankeskandal ; bei  
der Regierungskrise und beim Regierungswechsel. Die Schwanzpolitik ist  
eine schwere Rechtsabweichung .

4. Schaukelpolitik : Fortwährendes Wechseln der Lösungen in einer  
und derselben Frage , ohne den Massen zu sagen dass und warum die Lösung  
gewechselt hat. Die Schaukelpolitik erschwert es sehr, dass die Massen  
Vertrauen zur Politik der Partei gewinnen können. Die Massen folgen  
nur einer festen, zielsicheren Politik. Geradezu groteske Formen hat  
diese Schaukelpolitik angenommen bei der Lösung des Friedensreallohnes  
(siehe die R.P. vom 10./II.; 31./III.; 20./IV.; 12. & 13./IX. in einer  
und derselben Frage hat die Partei innerhalb einiger Monate viermal  
den Standpunkt in entgegengesetzter Richtung gewechselt !)

5. Zusammenfassend charakterisiert sich die Bitterzeichi-  
sche Politik der Partei als typischer ultralinkes Menschewismus :  
Hyperradikale Lösungen mit dem Mund, in der Praxis politische Passivi-  
tät und Schwanzpolitik, und auch die anderen Merkmale des ultralinken  
Menschewismus fehlen nicht :

Prinzipielllosigkeit ,rechte und linke Fehler laufen unterbunt durch-  
einander, der beste Beweis dass diese "Politik" von keinem politischen  
Prinzip getragen ist.

Doppelte - Trennung : "-----" ----- die -----  
kanintern über die Einheitsfrontaktik und die Parteidemokratie wird  
mit dem Mund begeistert begrüßt, in der Praxis aber nicht veröffentlicht  
und mit den Füßen getreten. Gegenüber der Partei : Im Beschluss  
des 8. Parteitages über die Schwanzpolitik wird mit dem Munde ango-  
nommen, in der Praxis aber mit Füßen getreten.

Absolutistischer Zentralismus . Der Wille der Mitgliedschaft  
gilt überhaupt nichts. Das Statut ist ein Fetzen. Noch dazu ist dieser  
absolutistische Zentralismus vollkommen anarchisch : Das Z.K. hält  
das was es selbst öffentlich versprach ( z.B. Das Versprechen den Par-  
teitag durch eine Diskussion in der R.P. vorzubereiten sah R.F. 11.  
September), ja nicht einmal die von ihm selbst verfügten Anordnungen  
(z.B. die Anordnung dass zu einem Mandat im Durchschnitt der Monate  
Jänner bis Juni mindestens 600 verrechnete Marken nötig sind) ja selbst  
die vom Erweiterten Z.K. getroffenen Anordnungen hält das Z.K. nicht  
ein, z.B. nicht den Beschluss des Erweiterten Z.K. vom 2. Oktober, den  
Parteitag durch eine Diskussion in einer Diskussionsbeilage vorzuberei-  
ten (vom 2. - 28.X. wurde kein Diskussionsartikel veröffentlicht, ob-  
wohl Diskussionsartikel eingereicht waren). Jedes politische Denken  
wird erstickt und Mittel werden Parteigenossen angewendet, die nur zu  
nennen, einem Arbeiter die Schärfe ins Gesicht treibt.

Wohl hat der ultralinke Menschowismus in Österreich nach  
einigen Schwanken und Zögern schließlich schließlich gegen die russi-  
sche und deutsche Opposition Stellung genommen. Aber noch bedarf das  
Verhalten einzelner Mitglieder des Z.K. (Koplenig und Piala) in der  
Frage des Verhältnisses zur internationalen Sinowjew - Ruth Fischer -  
Fraktion der Kämpfung. Vor allem aber : Wie vereinbart sich die äusser-  
liche Stellungnahme gegen die russische und deutsche Opposition mit  
der ultralinken menschowistischen Praxis in der österreichischen Pra-  
xis ? ! Dieser Widerspruch erklärt sich sehr einfach nach den einfa-  
chen Grundsätzen der ultralinken doppelten Buchführung. Aber es gilt

diesen Widerspruch nicht zu erklären sondern zu beseitigen : Durch  
Überwindung des austro - ultralinken Menschowismus.

Die Partei muss unterscheiden zwischen Fraktionsgeschol und Frakti-

ultralinken Menschewismus zur Verhinderung der politischen Arbeit  
che, zur Verhinderung des politischen Klärungsprozesses innerhalb dessen  
der Bolschewismus den ultralinken Menschewismus überwindet. Wo in der  
Partei Fraktionen wirklich bestehen, muss die Partei sie beseitigen.  
Beseitigen auch mit organisatorischen Mitteln. Vorangehen aber muss  
die ideologische Überwindung. S<sup>o</sup>gar aufgelegten Kontrarevolutionären  
(Kapsch) die offen zum Krieg gegen die Sowjet-Union hetzten, hat die  
K.P.D. die Möglichkeit gegeben ihre antibolschewistischen Auffassun-  
gen in der B.R.F. vertreten zu können : In Österreich verhindert das u  
ultralinke Z.K. systematisch die Vertretung bolschewistischer Auffas-  
sungen. An die Stelle einer ideologischen Vorbereitung des Parteita-  
ges durch kameradschaftliche politische Aussprache ist getreten die  
bewusst betriebene Entpolitisierung der Partei, das systematische Er-  
sticken des politischen Denkens durch systematische persönliche Het-  
ze kombiniert mit den Mitteln raffinierter Wahlgeometrie und des  
Parteitags-Mandateschwindels.

VI. Der Ultralinke Menschewismus ist gegenwärtig die wichtig-  
ste Gefahr die der Partei droht. Ihm überwinden kann nur bolschewisti-  
sche Politik. Dazu braucht zweierlei : Die bolschewistische Linie.  
Aber mit bolschewistischer Linie auf dem Papier ist der Partei nicht  
geholfen. Der bolschewistischen Linie muss die bolschewistischen Pra-  
xis entsprechen. Die Partei braucht Garantien dass die bolschewisti-  
sche Linie auch in der Praxis durchgeführt werde. So rollt die Frage  
der Durchführung die Frage der Führung auf.

VII. Die faktische Führung der Partei ruht heute in den Händen  
den einer kleinen Zahl von, der Arbeiterschaft volkommen unbekannten,  
politisch unerfahrenen und unreifen Elementen. Nur eine Führung, wel-  
che im Kampfe gegen den ultralinken Menschewismus die bolschewisti-  
sche Linie zum Siege führt, die erfahrensten, tüchtigsten Kräfte der  
Partei umfasst und darum auch stark genug ist alle anderen Kräfte zur  
Mitarbeit heran zu ziehen, nur eine solche Führung wird imstande sein  
die bolschewistische Linie auch in der Praxis durchzuführen und die  
Partei wirklich an die breiten proletarischen Massen heran zu bringen.

UWg. IX. Im abgelaufenen zweiten Jahr politische Fehler hinter dem Rücken der Mitgliedschaft und hinter dem Rücken der Massen korrigiert : z.B. in der Eizsteuerfrage, in der Frage der Beschlagnahme des Kirchenvermögens, in der Frage des Friedens-Reallohnes, in der Frage der Kolonien in der Heimat. Die Korrektur hinter dem Rücken der Mitgliedschaft schuf Verwirrung in der Mitgliedschaft und erschwertes es dass die Massen näher zur Partei gewinnen. Wenn die Partei in wichtigen Fragen gefürt hat, so ist es im Interesse der Partei am besten den Irrtum in aller Ruhe offen vor der Mitgliedschaft und offen vor den Massen zu korrigieren.

"Die Art und Weise wie sich die Partei zu ihren Fehlern verhält ist eines der ernstesten und verlässlichsten Garantien Kriterium  
S der Partei wie sie in der Praxis ihre  
Pflichten gegen die arbeitenden Massen und gegenüber ihre  
"Klasse erfüllt." (Lenin )

X. So wie seinerzeit beim Wechsel von der Seipel zur Ramak-Regierung, so blieb auch diesmal beim Wechsel von der Ramak - zur Seipel-Regierung die Analyse der Regierungskrise an der Oberfläche haften. Die Partei erschloss den Massen nicht die tieferen ökonomischen Ursachen des Regierungswechsels. Die Partei ließ Regierungskrise und Regierungswechsel im wesentlichen unausgenutzt zur Aufrüstung und Mobilisierung der Massen. Die Versammlungen der Partei kamen zu spät.

Vor allem aber wurde die Lösung der Arbeiter- und Bauern-Regierung nur als Phrase und darum wirkunglos. Um in der konkreten Situation die Lösung der Arbeiter- und Bauern-Regierung als Lösung zur Massenmobilisierung wirklich mit Erfolg zu verwenden, muss die Partei vor den Massen erstens alle Perspektiven der sozialdemokratischen Regierungspolitik aufrollen : Die Koalitions-Regierung sans phrase, die Koalitionsregierung unter Führung der S.P., die sozialdemokratische Alleinregierung und sie richtig als das enthüllen was sie sind, als verschiedene Formen der Koalitionspolitik. Zweitens aber muss die Partei den Massen den unter den gegebenen Bedingungen konkreten Weg zur Arbeiter- und Bauernregierung zeigen.

An das Z.Ko der KPÖ

Werte Genossen ! Wir ersuchen um würdlichen Abdruck  
des nachfolgenden Ergänzung-Antrages  
noch im Laufe dieser Woche .

Mit kommunistischem Gruss

Die Betriebszellen :

Die Straßenzellen :

Die Bezirksleitungen :

Ehr stellen den Antrag, den Abänderungsantrag der...

.... der ....

und mit dem wir völlig einverstanden sind ,wie folgt zu  
ergänzen :  
~~zukommen~~

I. Die Partei darf ihre Kräfte nicht zerplättern indem sie  
sich gleichzeitig auf alle möglichen Fragen wirft. Sie muss versuchen  
auf die jeweils wichtigsten Fragen politisch zu konzentrieren.  
Sie darf die Organisationen nicht mit Rundschreiben überladen,son-  
dern muss es versuchen die organisatorische Kraft der Organisa-  
tionen auf die jeweils wichtigste Arbeit zu also organisa-  
torisch zu konzentrieren.  
~~zukommen~~

II. Die Partei greift im Wiener Gemeindefragen viel zu we-  
nig ein. Sie muss den Massen den Zusammenhang der Wiener Gemeindepo-  
litik mit der gesamtösterreichischen Politik aufzeigen. Sie muss in  
die Massen gehen um sie gegen den unproletarischen Charakter der Wie-  
ner Gemeindepolitik aufzurütteln.

III.  
Das Z.Ko hat eine falsche Auffassung von der Parteiakti-  
vität. Es genügt nicht ,Artikel in der R.F. zu schreiben und den  
~~zukommen~~  
Mitgliedern Belehrungen für ihre Arbeit in den Betrieben,Gewerk-  
schaften usw zu geben. Die Partei muss als Partei selbst in die Ma-  
ssen und muss einen den Massen weithin sichtbaren, konkret fühlbaren  
Kampf um die Tagesfragen der Arbeiterklasse führen.

IV. Die Politik des Z.Ko ist defaitistisch. Indem das Z.Ko  
~~zukommen~~  
der Partei überspitzte Lösungen gibt für welche die Massen nicht zu  
gewinnen sind,indem das Z.Ko die Partei passiv zuschauen oder hinter

den Ereignissen und der S.P. nachhinken lässt, schwächt es den Kampf -  
willen der Partei.

V. Die Partei begnügt sich vielfach damit die allgemeinen  
Lösungen der ~~Welt~~ Komintern oder Lösungen von Bruderparteien  
einfach zu wiederholen. Die Partei muss es verstehen die allgemeinen  
Lösungen der Komintern entsprechend den österreichischen Verhält-  
nissen zu konkretisieren.

VI. Die Lösung der Arbeiter- und Bauern-Regierung darf nicht  
als blosse Phrase gebraucht werden. Die Partei muss es verstehen,  
im Kampf für diese Lösung die Voraussetzungen zu schaffen für ihre  
revolutionäre Verwirklichung. Die Lösung der Arbeiter- und Bauern-  
Regierung muss agitatorisch und politisch so verwendet werden, dass wir  
im Fortschreiten des Kampfes um diese Lösung die grossen Massen um  
sie sammeln die zu ihrer revolutionären Verwirklichung nötig sind.

VII. Die Partei darf solche Gelegenheiten welche grosse Mas-  
sen von Proletariern zusammenführen, wie z.B. das Arbeiterturn- und  
Sportfest im Juni nicht passiv vorübergehen lassen sondern muss sie  
zur grosszügigen Agitation für unsere Ziele ausnutzen und diese agita-  
torisch ausnützend rechtzeitig vorausschend ~~Welt~~ vorgreifen.

VIII. Es genügt nicht den sozialdemokratischen Regierungsplänen  
die blosse Lösung der Arbeiter- und Bauernregierung entgegen zu stel-  
len. Die Partei muss vielmehr vorausschend eine Politik treiben die  
die Massen gegen die sozialdemokratischen <sup>Koalitionspläne</sup> Pläne mobilisiert  
und sie rechtzeitig auf die grosse Illusion einer eventuellen Sozial-  
demokratischen Alleinregierung vorbereitet und möglichst immunisiert.

etischen Staaten, um der wachsenden Abwehrbewegung des Proletariats Herr zu bleiben, den gegenrevolutionären Kurs.

So auch in den Nachbarstaaten Oesterreichs von Polen über Deutschland, Schweiz, Italien, Jugoslawien bis Ungarn. Hier hält die Kontressrevolution zu einer monarchistischen Restauration aus und bereitet sich vor, sie kann später nach Oesterreich zu tragen, wo Seipel die Regierung übernommen hat, um der monarchistischen Reaktion den Weg auch in Oesterreich zu bahnen.

II. Das zweite Kapitel "Politik und innere Fragen der Komintern" bleibt unverändert.

III. Im dritten Kapitel "Die Lage in Oesterreich" ist der Abschnitt "Die wirtschaftliche und politische Lage durch folgenden neuen Text zu /durch/~~ersetzen~~ ersetzen:

### DIE LAGE IN OESTERREICH.

#### Die Wirtschaftslage.

Die Genfer Sanierung hat auf Kosten der Werktätigen eine gewisse finanzielle Stabilisierung gebracht: Das Gleichgewicht im Budget ist hergestellt, die Währung ist stabilisiert. Ökonomisch aber ist die Genfer Sanierung vollkommen gescheitert. Die Wirtschaftskrise verschärft sich, Sie trägt alle Merkmale einer Verfallskrise. Am deutlichsten kommt dies zum Ausdruck in dem unaufhörlichen Stocken der Produktion, in dem Wachstum der Massenarbeitslosigkeit die zur Dauererscheinung geworden ist, in der Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschichten arbeitenden Schichten, in der Verarmung der Mittelschichten und der zunehmenden Verschuldung breiter Schichten der Bevölkerung. Durch Zentralisation, und Konzentration, durch Kartellierung, Fusionierung, Trustifizierung der Betriebe, durch Rationalisierung der

der Produktion gelingt es zwar einzelnen Kapitalistengruppen die Ausbeutung und ihre Profite zu steigern. Damit ist der kapitalistischen Gesamtwirtschaft Oesterrichts nichts geholfen :

Die österreichische Krise ist im Rahmen des Kapitalismus unlösbar. Nicht die kapitalistische Sanierung kann Österreich aus der Krise führen, sondern nur die über die Trümmer des Genfer Vertrages hinwegschreitende proletarische Sanierung, das heisst die Sanierung auf Kosten der kapitalistischen Klasse, die zu verwirklichen ist nur durch die proletarische Revolution, durch die proletarische Diktatur.

#### Die Soziale Lage .

Die fortschreitend sich verschärfende Wirtschaftskrise führt zu einer ansteigenden Linkströmung in der ganzen wektätigen Masse. Sie äussert sich in der Arbeiterklasse in wachsenden Sympathien zur Sowjet-Union und im Wachsen des Kampfgeistes und Kampfwillen überhaupt. Die Unzufriedenheit der Massen mit der sozialdemokratischen Politik ringt inn den verschiedensten Formen nach Ausdruck. Auch in der Masse des städtischen Kleinbürgertums, ja selbst der Zwerg- und Kleinbauern geht eine Linksbewegung vor sich. Die im Zentralbankskandal offen zutage getretene Korruption des herrschenden Regierung hat diesen Prozess beschleunigt. Breite Teile dieser Schichten beginnen sich von den Christlichsozialen und Grossdeutschen abzuwenden und sich der S.P. zuzuwenden. Unter dem Einfluss der ultralinken Politik der Partei schlägt die linke Strömung in der Arbeiterschaft stellenweise sogar in ein Rechtsabströmen um. (Arbeiterkammerwahlen, Kolonien in der Heimat). Bei bolschowikischer Politik wird das Z.K. diese Linksströmung überleiten zum wachsenden Einfluss und Wachstum der Partei selbst.